

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

in weniger als drei Monaten ist es soweit. Am 27. September haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Wahl, wer unsere Interessen im Deutschen Bundestag vertreten wird und in welche Richtung sich unser Land damit bewegen soll. Wir sind in der Union überzeugt, dass eine bürgerliche Regierung möglich ist. Die Bevölkerung traut CDU und CSU die Lösung der anstehenden Probleme weit eher zu als der SPD. Der Vorsprung der Union vor dem politischen Gegner ist groß. Wir haben daher alle Chancen, nach der Bundestagswahl im September eine Regierung zusammen mit der FDP zu bilden. Wir in der Union wissen aber auch, dass die Wahl noch nicht gewonnen ist. Vor uns liegen drei Monate, in denen es darum geht, noch mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere politischen Vorstellungen zu gewinnen.

Mit dem gemeinsamen Wahlprogramm geben CDU und CSU klare Antworten, wie wir unser Land aus der Krise führen und wieder auf Wachstumskurs bringen wollen. Zentral ist unser Versprechen, die Bürgerinnen und Bürger durch Steuersenkungen zu entlasten. Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise ist das ein sehr wichtiges Signal: Nur durch Leistung können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Deshalb ist es richtig, den Leistungsträgern durch Steuersenkung Anreize zu geben und Leistung zu fördern. Steuererhöhungen wären dagegen Gift für die Konjunktur. Deshalb haben die Vorstände von CDU und CSU am Sonntag solchen Vorschlägen eine klare Absage erteilt und unserem Regierungsprogramm einstimmig zugestimmt. Entlastung der Leistungsträger, nicht neue Belastungen, ist der Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

Deshalb können wir auch am Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts festhalten. Wir haben in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass Wachstum und die Bekämpfung des Haushaltsdefizits kein Widerspruch sind. 2008 haben wir zum ersten Mal seit rund zwanzig Jahren wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorgelegt. Wachstum ist das beste Mittel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Mit einer Mischung aus Steuersenkungen und staatlichen Zukunftsinvestitionen werden wir die Wachstumskräfte in unserem Land stärken.

Die Bürgerinnen und Bürger haben am 27. September die Wahl: Soll Deutschland von einem Linksbündnis unter Führung der ausgelaugten und ideenlosen SPD regiert werden oder soll Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen und unser Land in einer Koalition aus CDU/CSU und FDP sicher aus der Krise führen? Diese Wahl ist eine entscheidende Weichenstellung für die Politik des kommenden Jahrzehnts. Wir werden kraftvoll dafür kämpfen, diese Weichen richtig zu stellen.

„Bundestag wird Europaparlament“

Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche die Klagen gegen den Vertrag von Lissabon zurückgewiesen. Er ist damit mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Zweite Senat formulierte jedoch die Auflage, die parlamentarische Beteiligung am Erlass europäischer Vorschriften im Rahmen des Begleitgesetzes noch weiter zu stärken. Das gilt vor allem für die sog. „Brückenklausel“ sowie das „vereinfachte Vertragsveränderungsverfahren“ im Primärrecht. Wir werden deshalb noch vor der Sommerpause ein verändertes Gesetz vorbereiten, das vom Bundestag voraussichtlich am 26. August in erster Lesung beraten und dann am 8. September 2009 beschlossen wird, damit die Ratifikationsurkunde nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten rechtzeitig hinterlegt werden kann. Wir in der Union begrüßen die Entscheidung des Gerichts. Das wegweisende Urteil wird seine Bedeutung in ganz Europa entfalten. Die Ergebnisse der zugrunde liegenden Prüfung des Vertrages räumen die Vorbehalte aus, dass der Vertrag von Lissabon die Bedeutung der Nationalstaaten in der EU erodieren würde. Vielmehr verbleibt nach wie vor die Integrationsverantwortung bei den nationalen Parlamenten. Mit dem passenden Titel „Bundestag wird Europaparlament“ kommentierte die Financial Times Deutschland sehr treffend den Umstand, dass in Folge des Urteils Bundestag und Bundesrat die Bundesregierung stärker in europäischen Grundsatzfragen kontrollieren werden. Die Bundesregierung darf bestimmten Kompetenzände-



rungen der EU künftig nur zustimmen, wenn der Bundestag das vorher per Gesetz beschließt.

Es ist zudem ein wichtiges Signal, dass das Bundesverfassungsgericht sich selbst eine stärkere Kontrollfunktion zugewiesen hat und auch künftig darüber wachen wird, dass die Institutionen der EU nicht ersichtlich ihre eingeräumten Kompetenzen überschreiten. Unter diesen Prämissen ist der Weg für die endgültige Ratifizierung des Vertrags von Lissabon frei. Ich bin zuversichtlich, dass sich die Autorität dieses Urteils förderlich auf die noch ausstehenden Ratifikationsverfahren in Irland, Tschechien und Polen auswirken wird, so dass die EU ab 2010 auf einer neuen Vertragsgrundlage arbeiten kann.

Trauer um die gefallenen Soldaten – Afghanistanereinsatz zum Erfolg führen

Wir trauern um die drei gefallenen deutschen Soldaten, die in der vergangenen Woche von den Taliban angegriffen wurden. Der Vorfall hat einmal mehr gezeigt, mit welchen Gefahren der Einsatz in Afghanistan verbunden ist und welche große persönliche Risiken unsere Soldaten tragen. Erst vor wenigen Wochen verstarb der 21-jährige Hauptgefreite Sergej Motz aus Bad Saulgau. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen und Freunden der Getöteten. Den deutschen Soldaten, die in Afghanistan ihren Dienst leisten, schulden wir Dank und Anerkennung für ihren Einsatz für unsere Sicherheit.

Die schwierige Sicherheitslage in Afghanistan macht eine robuste militärische Absicherung des afghanischen Staates notwendig. Radikale Islamisten wollen mit terroristischer Gewalt den Erfolg eines zivilen Staatswesens verhindern. Sie schrecken nicht vor hinterhältigen Anschlägen auf die internationale Schutztruppe zurück und auch nicht davor, Zivilisten als sogenannte menschliche Schutzschilde für ihre Terroroperationen zu missbrauchen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass unsere Soldaten in der Lage sind, sich wirksam gegen diese Bedrohung zur Wehr zu setzen. Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf wird unser Einsatz in Afghanistan eine Rolle spielen. Politiker

wie Lafontaine und Gysi werden nicht zögern, ihren populistischen Wahlkampf auf dem Rücken unserer Soldaten auszutragen. Sie sind bereit, Deutschlands Sicherheit und die Erfolge beim Wiederaufbau in Afghanistan für ihren Wahlkampfklammer zu opfern. Das dürfen wir nicht zulassen.

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag auch über die Entsendung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan abgestimmt. Die AWACS-Maschinen dienen der Koordination des Luftverkehrs in Afghanistan und der Unterstützung von Luftoperationen. Die Maschinen werden zunächst vom Stützpunkt im türkischen Konya aus operieren. Der Antrag der Bundesregierung sieht die Entsendung von bis zu 300 Soldaten vor. Das Mandat ist bis zum 13. Dezember 2009 befristet. Die Zustimmung des Bundestags war notwendig, damit sich Deutschland mit einem Teil der AWACS-Besatzung an dem NATO-Einsatz beteiligen kann.

Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung

In zweiter und dritter Lesung haben wir diese Woche im Plenum das „Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ verabschiedet, mit dem den Kreditinstituten die Möglichkeit gegeben werden soll, sich kurzfristig von sogenannten strukturierten Wertpapieren in ihren Bilanzen zu trennen, um drohende hohe Abschreibungsbedarfe zu vermeiden und von dieser Seite her in der Finanzkrise verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Finanzholding-Gesellschaften, Kreditinstitute und deren Tochterunternehmen erhalten die Möglichkeit, ihre strukturierten Wertpapiere auf eine institutsspezifische Zweckgesellschaft zu übertragen. Die Übertragung erfolgt zu einem in der Regel um einen Abschlag von 10 Prozent verminderten Buchwert. Im Gegenzug erhält das übertragende Unternehmen von der Zweckgesellschaft herausgegebene und von der SoFFin garantierte Schuldverschreibungen in Höhe des Übertragungswertes der Wertpapiere. Mit Blick auf die Situation einiger Landesbanken wird die Auslagerung weiterer Risikopositionen (z.B. Staatsanleihen) sowie die Auslagerung von nichtstrategienotwendigen Geschäftsfeldern in sogenannte Abwicklungsanstalten er-



möglichst. Dies soll dem Ziel einer umfangreichen Bilanzbereinigung dienen. Gleichzeitig soll durch die Bereitstellung des Modells die Konsolidierung der Landesbanken forciert werden.

Herzliche Grüße

Ihr

Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert

10. Panzerdivision aus Sigmaringen in Berlin

Eine Besuchergruppe der 10. Panzerdivision aus Sigmaringen war in dieser Woche zu Gast bei Thomas Bareiß im Deutschen Bundestag. Die Gruppe war im Rahmen einer Seminarreise der Bundeszentrale für politische Bildung in der Bundeshauptstadt. Thema der Bildungsreise war „Sicherheitspolitik in einer sich wandelnden Welt“. Über dieses und andere politische Themen unterhielt sich Thomas Bareiß mit den Besuchern seines Wahlkreises Zollernalb-Sigmaringen.



Thomas Bareiß empfängt Bürgermeister

Die Bürgermeisterversammlung Zollernalbkreis besuchte in dieser Woche ihren Abgeordneten im Deutschen Bundestag Thomas Bareiß. Auf ihrer Informationsreise nach Berlin bekamen die Bürgermeister ein umfangreiches Programm geboten. Neben dem Gespräch mit Thomas Bareiß vermittelte dieser auch ein Treffen mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Volker Kauder. Auf dem Programm stand unter anderem auch ein Gespräch mit dem Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Heinrich Haasis sowie eine Führung im Bundeskanzleramt.



Thomas Bareiß startet mit neuer Homepage in den Wahlkampf

Rechtzeitig zum Wahlkampfauftritt hat Thomas Bareiß seinen neuen Internetauftritt vorgestellt. In einem völlig neuen Design können sich Bürgerinnen und Bürger unter www.thomas-bareiss.de ein umfangreiches Bild von der Arbeit des CDU-Abgeordneten machen. Zu den Neuerungen gehören zwei Videoauftritte, in denen Thomas Bareiß über seine Arbeit in Berlin sowie im Wahlkreis berichtet. Zudem können sich die Nutzer unter der Rubrik „Top-Themen“ über die aktuell wichtigsten Ereignisse des Bundestagsabgeordneten informieren.

**Termine (Auswahl):****Freitag, 3. Juli**

18:30 Uhr Jubiläumsgala 175 Jahre Hohenzollerische Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen, Stadtforum in Bad Saulgau

Sonntag, 5. Juli

10:00 Uhr Festakt „500 Jahre Domäne Birkhof“ – Gottesdienst und anschließendes Fröhschoppen

13:30 Uhr Kreisbläsermusiktreffen Zollernalb – Festumzug in Dotternhausen

Dienstag, 7. Juli

09:00 Uhr Besuch des Progymnasiums in Altshausen

11:30 Uhr Gespräch mit Bauernverband Biberach-Sigmaringen in der Geschäftsstelle Sigmaringen-Laiz

18:00 Uhr Kreishauptversammlung der Senioren-Union, Gasthaus Zollerhof in Sigmaringen

Mittwoch, 8. Juli

08:30 Uhr Teilnahme an der Kampfmittelbeseitigungsübung Silberne Distel auf dem Heuberg in Stetten a.k.M.

18:30 Uhr Besuch des Freundschaftsspiels FC 07 Albstadt - VfB Stuttgart, Albstadt in Albstadt

Donnerstag, 9. Juli

12:00 Uhr Gespräch mit Schülern aus Haigerloch, Deutscher Bundestag, Berlin

5. Sommertour 2009

In diesem Jahr geht die Sommertour des Bundestagsabgeordneten und CDU-Kreisvorsitzenden Thomas Bareiß in die nunmehr 5. Runde und erfreut sich wachsender Beliebtheit bei den Ortsverbänden und Vereinigungen im gesamten Wahlkreis. In der Zeit vom 12. bis 26. Juli reist Thomas Bareiß wieder durch den Zollernalbkreis und den Landkreis Sigmaringen, um Menschen, Einrichtungen, Firmen und Institutionen noch besser kennen zu lernen. Informationen rund um die Sommertour finden Sie auf der Homepage von Thomas Bareiß unter der Adresse: www.thomas-bareiss.de.

12.- 26. Juli – 5. Sommertour 2009

Terminübersicht auf www.thomas-bareiss.de